



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am
28.03.2023
öffentlich**

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Markplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Schied
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme bis 18:42 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 17:07 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreter für Frau Thomann
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Teilnahme bis 18:02 Uhr
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) Teilnahme bis 18:40 Uhr
Dirk Neumann	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Henry Körner	Sachkundiger Einwohner
Anne-Katrin Wielebinski	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Sabine Odparlik	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Andreas Blümner	Teamleiter Digitale Stadt Halle
und weitere MA des Teams einschl.	FB Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Pressestelle	
Aurel Siegel	Leiter Fachbereich Sport

Gäste:

Antje Bauer	Geschäftsführerin Starthilfe und Unternehmensförderung IHK Halle-Dessau
Jan Ole Prasse	Geschäftsführer Conceptum Beratungsgesellschaft mbH
Robert Weber	Geschäftsführer Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Matthias Canzler	Prognos AG
und weitere Vertreter der Prognos AG	

Entschuldigt fehlten:

Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jana Kozyk	Sachkundige Einwohnerin
Richard Busch	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohnerinnen und Einwohner erschienen, sodass die Fragestunde sofort wieder beendet wurde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Winkler, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winkler sprach zur Tagesordnung an, dass die unter den TOP 5.1.1 und 5.1.2 stehenden Änderungsanträge vom Antragsteller übernommen wurden, deswegen werden diese abgesetzt.

Der unter dem TOP 5.2 stehende Antrag zur Einführung eines Gästebeitrages wurde im Kulturausschuss bis Juni 2022 vertagt, demzufolge wird dieser mit dem dazugehörigen Änderungsantrag vertagt.

Es gab keine weiteren Änderungswünsche.

Frau Winkler rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.02.2023
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, CDU-Fraktion und Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2022/04465
 - 5.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2023/05252 **abgesetzt**
 - 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour

Vorlage: VII/2023/05260

abgesetzt

5.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05107 **vertagt**

5.2.1 Änderungsantrag der Freien Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05247 **vertagt**

6. Mitteilungen

6.1. Vorstellung des Handelsatlasses durch die IHK

6.2. Strukturwandel Kohleausstieg

6.3. Smart City: Strategiepapier und Maßnahmesteckbriefe
Vorlage: VII/2023/05408

6.4. Information zu Mietspiegelthema

7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8. Anregungen

NÖ Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
9. Niederschrift vom 21.02.2023

NÖ Beschlussvorlagen
10.

NÖ Anträge von Fraktionen und Stadträten
11.

NÖ Mitteilungen
12.

NÖ Anfragen von Fraktionen und Stadträten
13.

NÖ Anregungen
14.

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.02.2023

Die Niederschrift vom 21.02.2023 wurde bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, CDU-Fraktion und Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour** **Vorlage: VII/2022/04465**

Frau Winkler sprach an, dass Herr Siegel vom Fachbereich Sport für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Dr. Ernst sprach an, dass der unter dem TOP 5.1 stehende Antrag seiner Fraktion noch die CDU und FDP als Mit Antragsteller hat. Er führte in den Antrag ein und begründete diesen.

Er sagte, dass im Fall, dass eine Bewerbung für 2025 nicht möglich sein sollte, dies für die Folgejahre erfolgen sollte.

Frau Dr. Wünscher wies darauf hin, dass es geringfügige Korrekturen im Antrag gab, sodass es nicht mehr um eine Bewerbung, sondern eine Interessensbekundung geht. Dies sollte im Antragsbetreff und Text bis zum Stadtrat auch noch vereinheitlicht werden.

Herr Helmich sagte, dass von den Antragstellern nicht auf Bedenken, die im Sportausschuss eine Rolle gespielt haben, eingegangen worden ist. U. a. hat sich auch der Vertreter des Stadtsportbundes zu der organisatorischen Durchführbarkeit geäußert. Dieser stellte die erhofften Effekte für die regionale Wirtschaft an einem Tag in einem sehr beschränkten Zeitrahmen in Frage, gegenüber gesetzt der sechsstelligen Investitionssumme, die für dieses Ereignis erforderlich wäre.

Problematisch sah **Herr Helmich** an, dass bei einer nicht erfolgreichen Bewerbung automatisch immer wieder für die Folgejahre eine Bewerbung erfolgen soll. Bei Ablehnungen sollte erst geschaut werden, welche Gründe dafür vorliegen, die dies auch evtl. rechtfertigen. Demzufolge kann seine Fraktion diesem Antrag, auch in der aktualisierten Form, nicht zustimmen.

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass eine Kostenneutralität angestrebt werden sollte. Wie soll diese angestrebt werden? Er verwies auf die Situation u. a. auch in den Sportvereinen in Bezug auf die Energiekrise und andere inflationäre Dinge, die sich hier aufgetan haben. Wer soll jetzt dieses angestrebte Ziel bezahlen und wie wird die Wirkung auf die vorhandene Sportinfrastruktur gesehen, wenn die Mittel nicht mehr vorhanden sind, die verteilt werden können?

Frau Rohrbach sagte, dass dies zwei verschiedene Dinge sind. Wenn der Veranstalter auf die Verwaltung zukommt, muss die Verwaltung damit nochmal in den Stadtrat, damit dieser zustimmt, wenn er dies möchte. Es gab verschiedene Varianten, u.a., dass die Stadt dann mit Sponsoren spricht bzw. diese sucht.

Es geht bei dieser Tour nicht nur um den reinen Veranstaltungstag, als Beispiel benannte sie Bremen, wo verschiedene Veranstaltungen dazu parallel laufen sollen. Es sollen nicht dem Sport Mittel weggenommen werden, sondern es sollen Mittel durch andere Sponsoren und Leistungen generiert werden. Sie wollte von Herrn Siegel wissen, ob dieser auch organisatorische Durchführungsbedenken hat und bat diesen auch um eine Aussage zu den Bedenken im Sportausschuss, welche rechtliche Wirkung diese Bewerbung hat.

Herr Siegel äußerte sich zu der rechtlichen Bewertung, die eine Bewerbung der Kommune mit sich bringen würde. Tatsächlich entfaltet eine Bewerbung noch keine Ansprüche an die Verwaltung, sondern diese entstehen erst mit der Unterzeichnung des sogenannten Etappenortvertrages. Er fragte allerdings, ob eine Bewerbung sinnvoll ist, wenn im Nachgang festgestellt wird, dass es doch nicht finanziert werden kann und die Bewerbung zurückgezogen werden muss und die Stadt dann einen evtl. Ansehensverlust hat.

Zur Frage der Organisation antwortete er, dass aus dem Pflichtenheft zu entnehmen ist, welche Parameter gegeben sein sollen. In Zielraumnähe, wo auch immer diese sein soll, gilt eine Straßenbreite von 6 m Minimum, idealerweise von 8 m. Es soll in unmittelbarer Nähe eine Veranstaltungsfläche von ca. 4000 – 5.5000 qm zur Verfügung stehen. Außerdem soll ein Parkplatz für ca. 350 Pkw's, für ca. 40 LKW's, 20 Busse in unmittelbarer Zielnähe zur Verfügung stehen. Wenn Straßenbahnschienen kein Hindernis darstellen sollen, widersprach er dieser Auffassung als Radfahrer.

Herr Heinrich sagte, dass er die Einlassungen von Herrn Helmich zur Finanzierung nicht nachvollziehen kann. Diese Summen sollen armen Rentnern in einigen Jahren zur Finanzierung von Wärmepumpen etc. vorgeschrieben werden. Er sah es als Erlebnis für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt an, wenn diese Veranstaltung durchgeführt werden könnte; Halle wird populärer und es werden Werbung und auch Einnahmen für die Stadt generiert.

Herr Senius wies auf die neue Stellungnahme der Stadt vom 22.02.23 hin, daraus war ersichtlich, dass der Veranstalter hinsichtlich einer Bewerbung auf die Stadt zukommen will und deswegen eine erneute Bewerbung nicht erforderlich ist. Die jetzt abgeschwächte Fassung des Antrages erfolgte erst nach der abgegebenen Stellungnahme, weswegen er fragte, wie die Verwaltung die Notwendigkeit einer Interessensbekundung beurteilt.

Herr Siegel sagte, dass der Veranstalter nicht zwischen Interessensbekundung oder Bewerbung unterscheidet, weil es keine rechtliche Verpflichtung aus der Bewerbung gibt. Es wird bei der Stellungnahme der Verwaltung bleiben, da Interessensbekundung = Bewerbung ist, diese ist per se nicht erforderlich, weil der Veranstalter bereits avisiert hat, 2025 erneut auf die Stadt zuzukommen.

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass Frau Rohrbach auf das Rahmenprogramm um solch eine Veranstaltung herum hingewiesen hatte und dass dies über Sponsoren abgedeckt werden soll. Damit sind die Kosten der Stadt, die diese für solch eine Veranstaltung aufbringen müsste, noch nicht gedeckt. Das sind zusätzliche Kosten, hier sind verkehrs- und sicherheitsrechtliche Dinge zu beachten und es muss auch entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wies er darauf hin, dass vom Veranstalter selbst Rahmenbedingungen gesetzt werden, damit dies im Ort stattfinden kann, wo könnte dies so kompakt durchgeführt werden, wo sind derartige Flächen in der Stadt?

Die Verwaltung hat in ihrer Stellungnahme auch darauf verwiesen, dass es sich um eine zusätzliche freiwillige Aufgabe handeln würde und deswegen verwies er auf die Diskussionen zum Haushalt und auf die Mittellage der Stadt.

Frau Winkler sprach an, dass der Stadtrat in Stendal eine Beteiligung mit dem Verweis auf

die Kosten in Höhe von 160 TEUR abgelehnt hat. In Erlangen beliefen sich die detaillierten Gesamtkosten 2021/22 auf 460.435 Euro, davon 238 TEUR für Lizenzgebühren, 126.100 Euro für Sicherheitsmaßnahmen und 96.335 Euro Werbekosten. Auf der Einnahmeseite standen 89.250 Euro von Sponsoren. Das dortige Stadtmarketing rechtfertigt dies mit einem von einer Agentur betriebenen Anzeigenäquivalenzbetrag von 2,4 Mio. Euro, das soll die kostenlose Werbewirkung beziffern. Demzufolge muss man mit Kosten in Höhe zwischen 300 und 600 TEUR rechnen.

Frau Wielebinski fragte, welche Sponsoren denn in Erwägung gezogen werden. Sie sah es ähnlich wie ihre Vorredner, dass der Breitensport in der Stadt darunter leiden würde, wenn Mittel für solch eine Veranstaltung abgezogen werden sollten. Sie hätte sich gewünscht, dass eine genauere Formulierung zur Zielerfüllung im Antrag gestanden hätte. Die sicherheitspolitischen Dinge, die beachtet werden müssen, fallen unter hoheitliche Aufgaben, sodass dies sicher nicht von Sponsoren bezahlt werden kann.

Frau Rohrbach sagte, dass Sperrungen von einer Privatfirma ausgeübt werden, das wird nur von der Stadt angeordnet. Das kann von Sponsoren übernommen werden. Die Polizeiabsperrungen müssten mit dem Land geklärt werden, inwieweit das Land diese Kosten übernehmen kann.

Sie wies darauf hin, dass der Antrag nur eine Bewerbung aussagt und diese ist kostenlos. Es geht erst im zweiten Schritt weiter, wenn sich der Veranstalter die Stadt anschaut und seine Vorstellungen mitteilt. Vorstellbar wäre auch, den zukünftigen Standort des Zukunftszentrums mit einzubinden, 2025 sollte dort noch nichts gebaut sein. Die Kosten sind noch eine unbekannte Größe, da noch nicht bekannt ist, was in der Stadt möglich ist. Mit dem Antrag soll lediglich initiiert werden, dass die Stadt sich bewerben und ermitteln soll, was dies kosten würde und wo dies durchführbar wäre und dies dann dem Stadtrat vorgelegt wird. Der Stadtrat entscheidet dann, ob dies gewollt ist oder nicht.

Die Deutschlandtour als Veranstalter bringt bspw. die Deutsche Bank als Sponsor mit. Es sind andere Dimensionen und es werden teilweise auch größere Firmen als Sponsor mitgebracht.

Herr Schaper sagte, dass er davon ausgeht, dass auch ausreichend Fläche hierfür gefunden wird. Seine Fraktion ist dem Antrag beigetreten, weil daran geglaubt wird, dass so ein Großevent für Halle auch Potential hat. Er sagte, dass er im Sportausschuss Herrn Thiel so verstanden hat, dass dieser auch meinte, dass noch Platz in Halle wäre und vielleicht auch der Bedarf für eine Großveranstaltung. Er warb für den Antrag.

Herr Heinrich sagte, dass er die kleinlichen Geldrechnereien nicht nachvollziehen kann und er auch von einem wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt Halle (Saale) ausgeht, abgesehen von der Freude für die Hallenser, insofern warb er für mehr Offenheit für diesen Antrag.

Durch **Herrn Senius** wurde angesprochen, dass doch der Veranstalter schon gesagt hat, dass er bei einer Geeignetheit von Halle für die Rahmenbedingungen nochmals auf die Stadt zukommen wird. Insofern bedarf es nicht des Antrags, da ein entsprechendes Signal bereits da ist. Wenn der Veranstalter auf Halle zukommt, muss das Finanzielle geprüft und besprochen werden. Er sah deshalb den Antrag als erledigt an.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis StRä: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Sportstadt Halle eine Bewerbung, **in Form einer Interessensbekundung**, als Etappenort der Deutschlandtour 2025 einzureichen. Die Bewerbung soll für die Stadt kostenfrei erfolgen.

Befindet sich die Stadt Halle im engen Bewerberkreis und alle Kriterien zur Durchführung der Veranstaltung sind erfüllt, wird dem Stadtrat das ~~Veranstaltungs-~~**Rahmenkonzept** zur Beschlussfassung über eine Teilnahme vorgelegt. Bei dieser Entscheidung wird für die Stadt Kostenneutralität angestrebt.

Sollte eine Bewerbung für das Jahr 2025 aus Sicht der Tour-Organisatoren nicht erfolversprechend sein, bewirbt sich die Stadt Halle für die Folgejahre erneut.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 Vorstellung des Handelsatlases durch die IHK

Frau Bauer stellte anhand einer Präsentation den Handelsatlas der IHK in den wesentlichen Punkten vor. *Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

Sie ging kurz darauf ein, dass der Handelsatlas IHK Halle-Dessau seit 1999 herausgegeben wird. Dieser Handelsatlas soll den Mitgliedsunternehmen eine Entscheidungshilfe an die Hand geben, um zu sehen, wie der Wettbewerb aussieht und die Mitbewerber unterwegs sind. Außerdem dient dieser Atlas den Kommunen und Wirtschaftsförderungen zur Entscheidungsfindung, wenn bspw. wieder ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept aufgelegt werden soll, aber auch zur Entscheidungsfindung auf Nachfragen von Investoren. Investoren kann ebenfalls der Atlas zur Entscheidungshilfe dienen, wenn diese nach neuen Standorten schauen. Der komplette IHK Bezirk wird hier abgebildet. Für Mitgliedsunternehmen ist der Atlas kostenfrei, für alle anderen kostet dieser 500 Euro. Sie erwähnte, dass die Kommunen diesen kostenfrei erhalten.

Frau Bauer führte zu den entsprechenden Schwerpunkten aus. Erstmals wurde angeschaut, wie die Handelsunternehmen auch im Internet unterwegs sind. Diese Auswertung erfolgt später noch. U. a. führte sie dazu aus, dass der Handel und die Gastronomie besorgniserregende Entwicklungen zeigen. Hier kommt noch hinzu, dass diese, stärker als andere Branchen, mit Rentabilität zu kämpfen haben.

Sie führte abschließend zu Chancen und Hoffnungen aus und verwies dabei auch auf die Deutschlandstudie Innenstadt. Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit (Toiletten), Erreichbarkeit der Innenstadt, mehr Grün, altersgerechte Infrastruktur etc. sind hierbei mit enthalten. Verlässliche Rahmenbedingungen müssen vorhanden sein, Fachkräftebindung, Nachfolgeregelungen usw. spielen auch eine große Rolle. Starke Partner und Unterstützer werden benötigt, hier in Halle funktioniert das gut mit der City-Gemeinschaft, Werbe-Gemeinschaft, das ist nicht in jeder Stadt so. Unternehmer/-innen müssen mehr Digitalisierungsprogramme nutzen.

Durch den Weggang von GALERIA ist eine Neuausrichtung in der Stadt erforderlich. Hier ist man dran, dass aus den leergewordenen Flächen etwas wird.

Es müssen mehr Möglichkeiten zum Zwischenerwerb von Schlüsselimmobilien genutzt werden, dies ist allerdings sehr schwierig. Ebenso schwierig ist es mit Objekten, die in Eigentümerhand sind, wo kein Interesse besteht, dass sich hier etwas ändert.

Frau Bauer verwies auf mehrere Fördermittelprogramme, wie das Landes-Sofortprogramm für Innenstädte, strategische Leitlinien für die Entwicklung der Innenstädte, ISEK, Beispiele zu Einzelhandels- und Centerkonzepte und für die Stadtzentren und -orte, zentrale Versorgungsbereiche müssen gestärkt werden. Deswegen machte sie deutlich, dass jeder qm außerhalb zentraler Versorgungsbereiche die Innenstadt schwächt, dies sollte bei entsprechenden Abstimmungen immer mit bedacht werden. Neue Service- und Erlebniskonzepte, neue Maßnahmen zur Revitalisierung, vor allem auch vorhandene Möglichkeiten nutzen, es muss nicht immer etwas neu erfunden werden, obwohl vieles bereits da ist. Vorhandene Konzepte müssen auch gelebt und umgesetzt und nicht immer wieder neu auf den Markt gebracht werden. Und es werden, auch für Halle, neue digitale Formate zur Belebung und Ideenfindung benötigt.

Frau Winkler dankte für den interessanten Vortrag.

Herr Senius fragte zur Entwicklung der Einzelhandelszentralität, hier der Stadt Halle, nach, ob der Rückgang im ähnlichen Verhältnis gegenüber anderer Städte steht.

Frau Bauer erwiderte, dass diese Frage pauschal nicht zu beantworten ist, weil neben der Größe der Stadt, der Anzahl der Einwohner und der Kaufkraft auch die jeweilige Lage zu berücksichtigen ist. Um Halle ist der große Saalekreis drum herum, das ist bspw. in Dessau nicht. Einen so starken Rückgang der Einzelzentralität wie es in Halle gibt, besteht aus ihrer Ansicht nach im Kammerbezirk sonst nicht.

Herr Senius bezog sich auf die verlässlichen Rahmenbedingungen als Forderung des Einzelhandels und wollte, in Bezug auf Halle gesehen, wissen, ob ein besonderer Handlungsbedarf besteht.

Frau Bauer brachte als Beispiel die Sonntagsöffnungszeiten. Dies ist nicht von der Stadt abhängig. Wenn ein Antrag gestellt wird, stimmt die Stadt zu oder nicht zu. Es liegt in erster Linie an den Gewerkschaften, wenn diese Öffnungszeiten einige Stunden vorher gekündigt werden.

Durch das neue Ladenöffnungsgesetz im Land Sachsen-Anhalt wird festgeschrieben, dass bspw. für Sonntagsöffnungszeiten die Städte Einzelhandels- und Centerkonzepte haben müssen. Es wurde durch die IHK gegen das Gesetz gestimmt, da es keine wirkliche Novellierung darstellt. Die IHK ist durchaus ein Verfechter von Einzelhandels- und Centerkonzepten, aber diese in Verbindung von Ladenöffnungszeiten zu bringen, wird als schwierig angesehen. Jetzt ist es so.

Jetzt ist die Stadt gefragt, hier besteht ein Einzelhandels- und Centerkonzept. Verlässlichkeit muss vorhanden sein und Einbeziehung der Händler, damit auch Unternehmer mitbestimmen können, wie die Gestaltung der Stadt konkret auf den Einzelhandel aussehen soll. Baurecht, Verkehrsberuhigung, Erreichbarkeit der Innenstädte sind Rahmenbedingungen, die für die Unternehmer stehen müssen. Auch wenn diese nicht so sein sollten, wie gewünscht, ist dennoch eine Verlässlichkeit das A und O.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 6.2 Strukturwandel Kohleausstieg

Frau Winkler bat um das Rederecht für Herrn Prasse und Herrn Weber, die zum Strukturwandel informieren sollen. Das Rederecht wurde einstimmig erteilt.

Herr Prasse und Herr Weber stellten anhand einer Präsentation den Strukturwandel Kohleausstieg vor. *Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

Herr Prasse verwies auf die heutige Presseinformation zu der Reviervereinbarung, welche jetzt auch vom Saalekreis unterzeichnet worden ist. Er ging kurz auf den Hintergrund des Zustandekommens der Reviervereinbarung ein, welche auch durch den Stadtrat beschlossen worden ist. Prämissen für die Stadt und den Saalekreis sind die Umsetzung der Leuchtturmprojekte bzw., dass diese eine Chance auf Förderung haben müssen. Hierauf ging er kurz ein und stellte auch die prozentuale Verteilung der entsprechenden Förderung innerhalb des Landes und die Situation dazu dar.

Herr Weber ging auf die in der Präsentation (Seiten 7 – 13) dargestellten Leuchtturmprojekte ein.

Zu der Situation Star-Park II erläuterte er den derzeitigen Stand, welcher bereits aus der Presse bekannt ist. Im Gespräch für einen Alternativstandort sind jetzt Merseburg, Bad Lauchstädt und Teutschenthal und aktuell dazugekommen ist jetzt Landsberg. Diese vier Standorte werden jetzt auf ihre Potentiale geprüft, die einzelnen Bewertungen werden dann in einer Bewertungsmatrix dargestellt und im späteren Verlauf muss durch die Lenkungsgruppe des Saalekreises entschieden werden, ob und wo das Gebiet entstehen soll, um weitere Planungsschritte anzustoßen.

Zur Seite 12 der Präsentation berichtigte er den dargestellten Zeitraum für das Auswahlverfahren für den neuen Standort, hier muss es nicht I. Quartal 2023 heißen, sondern II. Quartal 2023. Es wird alles gemeinsam mit der Kreisentwicklungsgesellschaft zusammen mit dem Saalekreis erfolgen. Sollte dann die Entscheidung zu dem Standort gefallen sein, wird über die weitere Rolle der EVG in diesem Prozess dann noch diskutiert werden.

Zu der Zusicherung der Landesregierung nach der Suche einer Fördermöglichkeit für das Projekt Wasserwerk Beesen ging er ebenfalls ein. Hier soll ein Spitzenlastwasserwerk entstehen. Die erforderlichen Planungen werden vorangebracht.

Herr Prasse stellte abschließend die letzten Folien der Präsentation vor, hierbei ging es um drei Bundesprojekte, welche für die Region entscheidend sein werden bzw. die in der Region durchgeführt werden.

Herr Senius fragte zu zweierlei Aussagen hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeit für das Wasserwerk in Beesen nach und wollte hier zu der Verlässlichkeit einer Finanzierung nachfragen. Außerdem fragte er, ob das Land analog der ursprünglich angedachten GPF-Finanzierung in der Höhe fördern würde.

Herr Prasse sagte, dass in allen Schreiben und Stellungnahmen klar an das Land formuliert worden ist, dass eine gleichwertige Finanzierung erwartet wird. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht von einer definitiven Finanzierungszusage des Landes gesprochen werden. Allerdings gibt es klare Aussagen des Landes, dass das Land an allen Projekten festhält und eine Finanzierung dafür finden wird.

Frau Rohrbach fragte zum RAW Zukunftsgelände nach, ob es da bereits Interessenten gab.

Herr Weber bejahte das, es gab Anfragen zum Gelände hinsichtlich Thema Wohnbau. Hier wird unterstützend gewirkt, um das RAW Gelände mit gutem Inhalt zu füllen.

Frau Rohrbach fragte zum Star Park II nach. Hat es finanzielle Auswirkungen für die EVG? Nach der Suche nach einem geeigneten Standort wurden Fördermittel ausgegeben, war es Bedingung, dass die EVG das umsetzt.

Herr Weber antwortete, dass Fördergelder noch nicht ausgegeben wurden. Es wurde das Ziel verfolgt, die Machbarkeitsstudie mit Fördergeldern zu bezahlen. Da es jetzt zu keiner Umsetzung kommt, wird es dafür auch keine Fördergelder geben. Alle Förderprojekte tragen erstmal selbst das Risiko, wenn Planungsleistungen erbracht werden. Das ist ein Verlust, den die EVG zumindest für den Teil, der dem Kabelsketal zuzuordnen ist, abschreiben muss. Beim Rest, der Standortsuche, muss zum geeigneten Zeitpunkt diskutiert werden, wer was übernehmen könnte, wenn es dann zu einem Gebiet kommt.

Herr Dr. Meerheim formulierte klar, dass die Stadt Halle raus ist, da territoriale Entscheidung für den Saalekreis ist. Es geht jetzt nur noch darum, ob und welche Rolle die EVG zukünftig hierbei noch spielen wird oder wie wird das gesehen?

Herr Weber sagte, dass bei einer prozentualen Verteilung der Anteil der EVG deutlich geringer geworden ist, aber ob die EVG dann raus ist, wird davon abhängen, inwieweit die EVG sich noch beteiligt und mitmacht, wer welche Aufgaben durchführt und wer welche Eigenanteile finanzieren wird. Das muss dann verhandelt werden.

Herr Prasse ergänzte, dass ehrlichkeitshalber gesagt werden muss, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Stadt Halle eine wesentliche Rolle beim Star Park II spielen wird, sehr gering ist. Dies hängt natürlich von der Finanzierung ab, jedoch läuft es mittlerweile voll auf das Budget des Saalekreises zu, da die Stadt Halle keine Fördermittel mehr gibt. Aber wenn mit dem Standort die Nähe zu der Stadt Halle gegeben sein wird, wird die Stadt davon auch durchaus profitieren, wenn entsprechend Arbeitskräfte in der Stadt Halle leben. Eine direkte steuerliche Partizipation der Stadt dürfte ausgeschlossen sein.

Herr Dr. Meerheim merkte zum letzten Satz an, dass die heute zum Star Park I auch nicht gegeben ist.

zu 6.3 Smart City: Strategiepapier und Maßnahmesteckbriefe Vorlage: VII/2023/05408

Frau Winkler sprach an, dass darum gebeten wurde, dass die Fraktionen zu dem Thema sachkundige Bürger/-innen mitbringen, um mit den notwendigen Sachkenntnissen zu der gewünschten Diskussion beitragen zu können.

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass die Informationsvorlage sehr umfangreich war, er sich aber gewünscht hätte, dass diese in leichter Sprache formuliert worden wäre. Es wurde mit vielen Fremdwörtern gearbeitet und der Text akademisch verfasst, sodass es für Personen, die sich nicht ständig mit diesem Thema befassen, völlig unverständlich ist. Es ist zu wenig dargestellt, welcher Nutzen zahlentechnisch heute bereits besteht und was angestrebt wird. Es war sehr schwer für jemanden zu verstehen, der nicht aus der Branche kommt. Für Bürgerinnen und Bürger wäre dies völlig unverständlich und nur von Branchenkennern zu verstehen.

Frau Winkler sprach an, dass von ihrer Fraktion Herr Sascha Steiger anwesend wäre, außerdem sind Herr Canzler von der Prognos AG und Frau Schöpp von der Creative Climate Cities als Außenstehende da, sodass sie für diesen Personenkreis um das Rederecht bat. Das Rederecht wurde einstimmig erteilt.

Frau Dr. Odparlik führte in die Thematik ein. Am 24.03.2021 wurde durch den Stadtrat beschlossen, dass sich die Stadt Halle am 3. Förderaufruf „Modellprojekt Smart City“ beteiligt. Im Juli 2021 wurde durch den Bund bekanntgegeben, welche Kommunen ausgewählt wurden und die Stadt Halle war dabei. Der Förderbescheid lag erst zum Jahreswechsel 2021/22 vor.

Es stehen rund 15 Mio. Euro Projektmittel zur Verfügung, davon rund 1,5 Mio. Euro für die Strategiephase und rund 13,5 Mio. Euro für die Umsetzungsphase.

Über den Projektfortschritt wurde hier im Ausschuss regelmäßig berichtet. Sie gab das Wort an Herrn Canzler, welcher anhand einer Präsentation einen Einblick gab, wie der Stand zu Smart City aktuell ist.

Herr Canzler sagte, dass die Digitalisierung im Rahmen von Smart City als Instrument der Stadtentwicklung, in Halle (Saale) insb. im Kontext des Strukturwandels, zu verstehen ist. Es geht daher nicht darum, etwas völlig Neues zu machen, sondern die im ISEK 2025 festgehaltenen stadtentwicklungspolitischen Ziele mit neuen Methoden umzusetzen. Aktuell ist das Projekt in der Strategiephase. Hr. Canzler führt dazu aus, in welchen Schritten und mit welcher Beteiligung die Strategie erarbeitet wurde, welche Maßgaben seitens des Bundes und der Stadt dafür grundlegend sind und in welcher Systematik die Strategie anschließen umgesetzt werden soll.

Frau Winkler unterbrach nach ca. 20 Minuten die Ausführungen und stellte fest, dass die Aufmerksamkeit der Mitglieder deutlich nachgelassen hat und der Eindruck entstand, dass es nicht wirklich verstanden wurde, was von verschiedenen Mitgliedern auch so bestätigt wurde.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass versucht wurde, deutlich zu machen, unter welchem Dach das Ganze gemacht wird und welche Anforderungen es an die Projekte gibt, die auch die Maßnahmen bündeln, die eingereicht werden. Dies ist eine wichtige Grundlage dafür, um verstehen zu können, wie die Strategie aus Sicht des Fördermittelgebers erarbeitet werden muss. Die von Stadtrat bewilligte und anschließend vom Bund befürwortete Smart City-Strategie ist eine Voraussetzung, die erfüllt werden muss, um die Mittel für die Umsetzungsphase zu erhalten. Auf Basis eines öffentlichen Projektaufrufes und eines anschließenden Projektauswahlprozesses wurden konkrete Maßnahmen, entwickelt. Dieser Prozess hat mit hohem Engagement des Smart City-Büros, mit viel zusätzlicher Leistung aus anderen Fachbereichen und mit großer städtischer Beteiligung stattgefunden. Das ist wichtig, um verstehen zu können, um bewerten zu können, was vor den Mitgliedern liegt. Sie schlug vor, in die Diskussion einzusteigen.

Herr Bernstiel dankte für die ausführlichen Unterlagen, sprach aber auch an, dass viele Mitglieder geäußert haben, dass es zu unverständlich ist, wenn man nicht aus der Branche kommt, dann sollte man darüber nachdenken, welche Möglichkeit einer anderen Präsentation es geben kann, um es verständlich rüber zu bringen. Der Stadtrat muss das Projekt dann mittragen und sollte entsprechend verständlich darüber informiert werden. Worum geht es bei dem Projekt, was sind die Ziele? Das bat er als Anregung aufzufassen.

Er selbst kennt das Projekt sehr gut, da er auch in der Bewerbungsphase mit dabei war. Seine Vorstellung von Smart City, was sich der Bund vorgestellt hat, weicht ein wenig von dem ab, was jetzt eingestellt worden ist. Er hat dies so verstanden, dass es um technische Prozesse geht, Transformation spielt ja auch immer eine Rolle. Dem Bürger sollte von der intelligenten Müllentsorgung bis hin zur Erfassung von Daten, die Verkehrsströme besser regeln, über autonom fahrende Straßenbahnen, etwas geboten werden. Solche Dinge waren mal alle im Gespräch.

Er vermisste den Transformationsgedanken. Er hat sehr viel über bereits bestehende Dinge gelesen und ihm fehlten neue Aspekte, die die Stadt wirklich zu einer Smart City machen. Wie Technologie hilft, um bspw. Klimaziele zu erreichen. So etwas hatte er sich vorgestellt. Er fragte, was aus den Ideen aus dem Workshop in Neustadt geworden ist, da er diese in der Vielzahl der Unterlagen nicht gefunden hat.

Herr Canzler sprach an, dass es dem Fördermittelgeber darum geht, dass nicht die Technologie, die Digitalisierung im Vordergrund steht, sondern die Stadtentwicklung. Die Technologie ist Mittel zum Zweck an der Stelle. Er brachte als Beispiel, wie Gewerbeflächen durch digitale Mittel entwickelt werden können, aber auch wie diese zu betreiben sind und dieses auch unter dem Aspekt Ökologietool, um die Fragen von Nachhaltigkeit und Klimaschutz mit berücksichtigen zu können. Das Ganze findet unter der Nutzung von Daten statt, die evtl. schon vorhanden sind oder durch zusätzliche Daten, die hierzu auch erhoben werden können. Zu Halle Neustadt sagte Herr Canzler, dass es um Teilhabe geht, die hier im Vordergrund steht, um die Vielfältigkeit der Bevölkerung vor Ort abzudecken und auch da digitale Möglichkeiten zu nutzen, um Inhalte zu entwickeln und bspw. über die Quartiersplattform wieder an die Bevölkerung vor Ort auszuspielen.

Herr Bernstiel sagte, dass er den Transformationsprozess hier nicht sieht, welcher konkret begleitet werden soll. Wo ist der Transformationsprozess, der jetzt erlebt wird und wo die Stadt Halle mit Halle Neustadt, mit dem Projekt, zeigen kann, wo etwas besser gemacht werden kann und wo Transformation stattfindet und was sich andere Kommunen dann von der Stadt Halle anschauen können?

Herr Blümner ging auf das Thema smarte Wirtschaft ein. Gerade da wird mit digitalen Methoden Stadtentwicklung betrieben. Das ist doch auch eine Art von Transformation. Es gibt auch Nachholebedarfe, was das Thema Digitalisierung angeht und die Arbeit mit digitalisierten Hilfsmitteln. Die Wirkung des smarten Tools, wenn diese eingesetzt werden, bedeuten auch ein Umdenken, ein Umwandeln, eine Transformation; es wird auch versucht, die Bürgerinnen und Bürger bei der Stadtentwicklung so transparent wie möglich mit einzubeziehen und eine Teilhabe stattfinden zu lassen. Das sind innovative Ansätze. Wenn von Klimathemen gesprochen wird, bedeutet das, es wird von Mobilität und ÖPNV gesprochen, diese Ansätze sind auch gut herausgestellt.

Herr Bernstiel äußerte seine Vorstellung einer künstlichen Intelligenz zum Beispiel gerade in Neustadt, wo es im Bürgerbüro oder im Sozialamt massive Probleme gibt, die mehrsprachig ist, die das Problem der Bürgerinnen und Bürger evtl. erfassen kann, das kanalisieren kann und selbststeuernd schon in die verschiedenen Verwaltungsbereiche vorsortieren kann, das wäre ein echter Mehrwert und eine neue Technologie, wo eine Transformation gestaltet wird, die nach Neustadt passen würde. Solche Dinge waren mal im Gespräch und wären seiner Meinung nach auch etwas Konkretes.

Frau Dr. Odparlik wies darauf hin, dass die Basis, auf der die Projekte durch die Beteiligten in der Stadt entwickelt und vorgeschlagen wurden, auch Basis des Stadtratsbeschlusses von 2021 waren. Da war es relativ klar vorformuliert, dass es um den Aufbau eines datengestützten digitalen Gewerbeflächenmonitorings geht, daran wird gearbeitet und das wird sehr innovativ.

Zum Handlungsfeld Bildung sagte sie mit Bezug zum Stadtratsbeschluss 2021, dass die Entwicklung von Bildungskleinprojekten beschlossen wurde, die sich an den Bedürfnissen der Zielgruppen im haleschen Westen orientieren sollen.

Das Handlungsfeld Mobilität soll moderne datengestützte Mobilitätsangebote und Instrumente der Verkehrssteuerung adressieren. Daran wird mit den Stadtwerken zusammengearbeitet.

Entsprechende Projektideen konnten im Rahmen der Öffentlichen Ausschreibung aus der gesamten Stadtgesellschaft eingebracht werden. Dem Bund war der Beteiligungsprozess wichtig, daran wurde sich gehalten und es wurden die Projektauftrufe getätigt. Die Ergebnisse orientieren sich an dem, was tatsächlich eingeht.

Herr Canzler sagte, dass viel von dem „digitalen Zwilling“ in den Städten gesprochen wird. Es sollen drei Tools entwickelt werden, die eine Vorstufe eines digitalen Zwillings sind. Es soll eine Möglichkeit sein, deswegen auch ein Modellprojekt, auf dieser Basis neue Anwendungsfälle zu generieren, die eben auch die Möglichkeit bieten, weitere Daten einzubeziehen, aber auch in die Stadtgesellschaft zurück zu spielen, um auf dieser Basis neue Anwendungsfälle erproben zu können. Das gleiche Thema gibt es auch bei der Mobilität, wo geschaut werden soll, wer nutzt wie welche Verkehrsmittel, um auf Grund dieser Basis zu ermitteln, wer steigt wo um, das Ganze auch Datenschutzkonform, um zu sehen, wer bewegt sich wann von A nach B, um dann auch zu schauen, wie verschiedene Verkehrsströme im ÖPNV so genutzt werden können, um bestimmte Entscheidungen perspektivisch treffen zu können (Taktung von Fahrzeiten etc.).

Das Entscheidende ist, was will die Stadt erreichen, welche stadtpolitischen Ziele gibt es, wie kann man Technologie, Digitalisierung dazu nutzen, um diese Ziele besser zu erreichen? Das ist der Kern des Anliegens.

zu 6.4 Information zum Mietspiegelthema

Herr Rebenstorf kündigte an, dass im nächsten Planungsausschuss in 14 Tagen eine ausführliche Präsentation zur Thematik Mietspiegel gezeigt wird, da aus der Presse zu entnehmen war, dass es noch offensichtlichen Bedarf hierzu gibt. In diesem Ausschuss wird er dazu auch nochmals informieren.

Herr Neumann, der auch Mitglied im Arbeitskreis Mietspiegel ist, informierte kurz zum Stand.

Der Arbeitskreis hat zum fünften Mal getagt. In diesem Arbeitskreis sind folgende Vertreterinnen und Vertreter: ein Richter vom Amtsgericht, vom Städtebund, Haus und Grund, der Mieterbund, die kommunalen Wohnungsgesellschaften und –genossenschaften.

Es wurde ein Fragebogen erstellt, welcher zwischenzeitlich auch versendet worden ist. Die Fragen wurden verständlich formuliert, sodass diese anhand des jeweiligen Mietvertrages auch beantwortet werden können. Wenn bestimmte Fragen, beispielsweise nach dem Alter des Mietobjektes, nicht beantwortet werden konnten, konnte dies auch geschätzt werden.

Es wurde komplett das gesamte Stadtgebiet nach der Lage eingeordnet, bspw. nach Lärmbelastung, nach Wohndichte, Grünflächenanteil, Gewässeranteil und dem Bodenrichtwert. Die Themen Einzelhandel, Ärzte, Kindereinrichtungen, Schulen und die Entfernung zum ÖPNV wurden entsprechend vermerkt und eine Formel erstellt. Dabei ist eine blockscharfe Lagewertung über das gesamte Stadtgebiet entstanden. In der sechsten Beratung wird eine Lagewertung vorliegen, aus welcher hervorgeht, um welche Lage es sich in welchem Gebiet handelt. Momentan gibt es vier Kategorien, was sich evtl. noch ändern kann.

Herr Neumann sagte, dass sich sehr intensiv und sehr ausgewogen mit der Mietsituation beschäftigt wurde, vom Tabellenspiegel wurde abgerückt zum Regressionsmietspiegel, das war der überwiegende Wunsch des Stadtrates gewesen. Er geht davon aus, dass das Ergebnis dann besser und transparenter präsentierbar sein wird.

zu 7 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Frau Dr. Schöps zum Cafe Brohmers**

Frau Dr. Schöps sprach an, dass sie als Einwohnerin der Stadt Halle und Stadträtin gern einen privaten Unternehmer der Stadt dabei unterstützen möchte, eine Verlängerung seines Mietverhältnisses zu bekommen. Ihr ging es um das Cafe Brohmers Ecke Mühlweg/Bernburger Straße, welches keine Verlängerung des auslaufenden Mietvertrages vom Eigentümer erhält. Das Cafe Brohmers ist ein Traditionscafe in Halle, welches kulturelle Veranstaltungen anbietet.

Die Gäste des Cafe Brohmers möchten erreichen, dass der Eigentümer des Objektes Möglichkeiten zur Gesprächsführung mit dem Betreiber des Brohmers findet und den Mietvertrag zu den bisherigen Konditionen verlängert. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, zu prüfen, ob und wie sie eine Verständigung zwischen Eigentümer und Betreiber unterstützen kann. Das Anliegen wurde von 50 Gästen des Brohmers unterzeichnet.

Sie fragte:

1. Kann, wird die Stadtverwaltung den Inhaber des Cafe Brohmers ein Beratungsgespräch anbieten zu eventuellen Optionen, die zu einem Erhalt beitragen könnten?
2. Kann die Stadtverwaltung ein Gespräch zu Möglichkeiten der Verlängerung des Mietvertrages zwischen dem Verwalter/Eigentümer der Bernburger Straße 9 und dem Inhaber des Brohmers unterstützend begleiten, ggf. auch vermittelnd und moderierend?

Herr Rebenstorf sagte, dass Frau Dr. Schöps bereits im Stadtrat im Februar eine ähnliche Anfrage gestellt und eine Antwort dazu erhalten hatte. Hier ging es auch um bauordnungsrechtliche Dinge, die hoheitliche Aufgabe sind.

Er sagte, dass der Pächter proaktiv auf die Verwaltung zugehen soll. Wenn dieser ein Anliegen hat, kann er sich gern damit an die Verwaltung wenden, die Kontaktdaten sind allgemein bekannt. Wenn auf beiden Seiten – Pächter und Eigentümer – das Einverständnis vorliegen sollte, kann die Verwaltung auch moderierend Gespräche begleiten.

Frau Dr. Schöps sagte, dass sie diese Antwort bereits auf ihre damalige Anfrage im Stadtrat erhalten hat. Wenn aber Personen nicht mit den Strukturen der Verwaltung vertraut sind, wissen sie nicht, was in wessen Zuständigkeit liegt. Sie sah ein öffentliches Interesse daran, hier unterstützend zu wirken und solch ein Objekt auch zu erhalten. Deswegen drückte sie ihr Unverständnis darüber aus, dass die Verwaltung nicht auf den Pächter zugehen will.

Sie übergab die Unterschriftsliste der Gäste an Herrn Rebenstorf, auf welcher hinten die Kontaktdaten des Brohmers stehen. Der Pächter hat großes Interesse an einem Beratungsgespräch und ist an einer Videokonferenz interessiert, da er beruflich anderweitig stark terminisiert ist.

Herr Rebenstorf nahm die Unterschriftsliste entgegen und sagte, dass der Kontakt aufgenommen wird, wies aber darauf hin, dass die Stadt mit entsprechenden Kontaktdaten digital gut nach außen sichtbar ist und bei Anliegen sich Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung wenden können.

zu 7.2 Herr Bernstiel zum IT Planungsrat in Halle

Herr Bernstiel sprach an, dass der IT-Planungsrat jetzt zwei Tage in der Stadt Halle. Deswegen fragte er, ob die Stadt in irgendeiner Form eingebunden ist und wenn ja, wie?

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass die Stadt eingeplant ist. Es wird auch einen Vortrag geben, welcher über ihren Fachbereich mit begleitet wird.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Herr Senius zur Fachkräfteallianz und Fachkräfteanalyse

Herr Senius dankte für die Antwort der Verwaltung auf die Frage zur Fachkräfteallianz. Er hatte hierzu zwei Anregungen.

In die Fachkräfteallianz Sachsen-Anhalt Süd sollen der Saalekreis und Mansfeld-Südharz mit einbezogen werden. Er bat darum, auch den Burgenlandkreis mit einzubeziehen, da dieser der Wirtschaftskreis ist, welcher von der Agentur in Halle betreut wird.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass Gespräche mit dem Burgenlandkreis laufen, aber noch keine Entscheidung seitens des Burgenlandkreises getroffen wurde.

Außerdem regte er an, dass für die Analyse des künftigen Fachkräftebedarfs das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mit einbezogen wird.

In der Stadt Halle gibt es eine regionale Geschäftsstelle, die solche Analysen durchführt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Winkler** die öffentliche Sitzung. Sie bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
stellv. Protokollführerin